

## **Antrag Nr. 16**

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen  
an die 179. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer  
am 27. November 2025

### **Ganzheitliche Strategie statt Flickwerk bei Temu, Shein und Co.**

Der Einkauf wird immer öfter online erledigt. Das ist nichts Neues. Neu ist aber der immer stärker wachsende Marktanteil chinesischer Online-Plattformen wie Temu, Shein und Co. Eine kürzlich erfolgte Erhebung der Wirtschaftskammer Wien zeigt, dass 42 % der Wiener:innen innerhalb des letzten Jahres bei einer der genannten Plattformen eingekauft haben. Aber nicht nur in asiatische, sondern auch in andere ausländische Online-Shops fließt immer mehr Geld: Von den knapp zwei Milliarden Euro, die im Vorjahr online ausgegeben wurden, verblieben nur 35 % bei heimischen Shops. Zwischen 2016 und 2022 stieg der Anteil der Verbraucher in der EU, die bei Verkäufern aus Drittstaaten einkaufen, um 36 %.

Dieser Trend lässt sich natürlich auf ganz Europa umlegen. Die EU-Kommission gibt an, dass im vergangenen Jahr 4,6 Milliarden Paketsendungen mit einem Wert von höchstens 150 € in Europa angekommen sind. Dieser Wert hat sich seit dem Jahr 2022 bereits verdreifacht und die Tendenz zeigt weiterhin nach oben.

Die Probleme dieser Entwicklung liegen auf der Hand. Einerseits führen Online-Käufe in Drittstaaten zu einem Rückgang der europäischen Wertschöpfung und damit auch zu einer nachhaltigen Schwächung unserer Wirtschaftskraft, die sich langfristig auch auf den europäischen Arbeitsmarkt auswirken wird. Andererseits stellen diese Unmengen an Paketlieferungen bzw. deren Transport rund um die Welt auch eine immense Belastung unserer Umwelt dar. Darüber hinaus stellt sich auch noch die Frage der Produktsicherheit bei Sendungen, die ohne entsprechende Kontrolle in die Haushalte gelangen.

So hat auch Greenpeace (zusammen mit dem Handelsverband) vor wenigen Monaten noch vor den Billigprodukten von Temu, Shein und Co., gewarnt, da diese oftmals giftige Chemikalien enthalten würden und dementsprechend auch ein Sicherheitsrisiko für die Verbraucher:innen darstellen.

Eine lückenlose Kontrolle der Pakete in Bezug auf gefährliche Stoffe und der häufig vorkommenden Praxis der Taxierung unter 150 € Warenwert oder Stückelung der Waren (selbst wenn der tatsächlich Wert weit darüber liegt, um den Zoll zu entgehen) wäre aber nur mittels personeller Aufstockung der Zollbehörden sowie mithilfe maschineller und digitaler Unterstützung möglich. Zusätzlich schlägt z. B. auch der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss in einer im September verabschiedeten Stellungnahme zum Thema „Fairer Wettbewerb in Bezug auf Plattformen aus Drittländern“ vor, die Zollfreigrenze von 150 € überhaupt abzuschaffen, um diese Umgehungen zu verhindern. Außerdem wird in der Stellungnahme ebenfalls die Personalaufstockung sowie die Einführung von KI-gestützten Instrumenten gefordert.

Vor diesem Hintergrund ist die Ankündigung der EU-Kommission, die Billigpakete mit einer Zollgebühr belegen zu wollen zwar ein erster vernünftiger Schritt. Angesichts der Vielzahl an ungelösten Problemen, die durch die chinesischen Online-Plattformen verursacht werden, ist das aber viel zu wenig – insbesondere, wenn man bedenkt, dass die EU das erst im Vorjahr beschlossene Lieferkettengesetz bereits im April 2025 wieder

aufgeschoben hat. Dieses sollte eigentlich aufgrund der genannten Probleme so schnell als möglich umgesetzt werden.

Hier droht also einmal mehr ein Flickwerk an Einzelregelungen zu entstehen, mit dem das Problem in seiner Gesamtheit aber keinesfalls gelöst werden kann. Als Bundesarbeitskammer sind wir dazu verpflichtet, problematische Entwicklungen für unseren Arbeitsmarkt, den Konsument:innenschutz und den Umweltschutz anzusprechen und dafür zu sorgen, dass die Interessen unserer Mitglieder durch zielgerichtete Maßnahmen geschützt werden.

**Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert daher die Bundesregierung und ihre Mitglieder insbesondere im Rahmen ihrer Tätigkeit im Rat der Europäischen Union bzw. im Europäischen Rat, die Abgeordneten des österreichischen Nationalrates und des Europäischen Parlaments, die Europäische Kommission sowie den Europäischen Rat dazu auf, ein ganzheitliches Konzept zur Lösung der geschilderten Probleme anzustoßen bzw. vorzulegen und damit folgende Punkte sicherzustellen:**

- **Einhaltung internationaler Arbeits- und Sozialstandards** gemäß der gültigen ILO-Übereinkommen entlang der gesamten Wertschöpfungskette.
- **Möglichst geringe Belastungen der Umwelt bzw. des Klimas** durch den steigenden Online-Handel und Sichtbarmachung negativer Entwicklungen durch ein entsprechendes Monitoring.
- **Schutz der Konsument:innen**, spätestens durch geeignete Kontrollen bei der Einfuhr der Pakete in den EU-Raum.
- **Die sofortige Umsetzung des Lieferkettengesetzes.**
- **Die lückenlose Kontrolle der Pakete** mittels personeller Aufstockung der Zollbehörden und maschineller und digitaler Unterstützung.
- **Die Einführung einer Zollgebühr für Billigpakete** oder die Abschaffung der Zollfreigrenze von 150 € für Pakete aus Drittstaaten.

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input checked="" type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	--	---------------------------------------